

Menschen Recht für alle!! (200 Jahre Bayerische Verfassung)

Erklärung der Bewohner und Bewohnerinnen der Flüchtlingsunterkunft in Nördlingen

Zur Situation der Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft Nördlingen.

Es leben ca. 60-70 Menschen im Heim (3 Stockwerke). Frauen Männer und Familien mit Kindern. Die Bewohner leben teilweise seit mehr als zehn Jahren und kommen aus Asien, Osteuropa, Südamerika und Afrika. Wir leben von Sachleistungen und Taschengeld.

Teilweise sind vier bis zur sechs Personen in eine ca. 12qm Zimmer untergebracht, obwohl gleichzeitig Zimmer leer stehen. Manchmal sind Menschen mit kulturellen oder politischen Konflikten bzw. deren Herkunftsländer politische Konflikte miteinander haben, gezwungen, im gleichen Zimmer zu wohnen.

Frauen, Männer und Kinder müssen sich das gleiche Bad und die gleiche Toilette teilen. Es gibt keine Privatsphäre. Auf jedem Gang gibt es eine Dusche mit Steh-toilette und eine Sitztoilette. Im Erdgeschoss und im ersten Stockwerk sind jeweils die Sitztoiletten von der Heimleitung abgesperrt. Die im Erdgeschoss wird vom Heimleiter privat genutzt. Es müssen sich daher ca. 15 Männer und Frauen die Steh-toilette in der Dusche teilen.

Es gibt lediglich zwei Waschmaschinen und einen Trockner für alle Bewohner. Seit einem Beschluss der Heimleitung sind sie nur noch von Montag bis Donnerstag von 8:00 Uhr bis 15:30 Uhr und an Freitagen von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr zugänglich. Die Maschinen sind in dieser Zeit ständig belegt und es ist schwierig, überhaupt eine Gelegenheit zum Waschen zu finden, Leute die arbeiten gehen, sind zudem zu den Waschzeiten nie in der Unterkunft. Es kommt öfters vor, dass Bewohner eine laufende, volle Maschine anhalten und die unfertige, fremde Wäsche rausnehmen, nur um auch einmal die eigene Wäsche waschen zu können. Andere waschen per Hand in der Dusche, so dass die einzige Toilette und Dusche für eine Weile blockiert wird. Der hygienische Zustand ist miserabel. Warmwasser wird um ca. 22:00 Uhr abgestellt.

Die Leistungen.

Taschengeld:

Grundsätzlich stehen jedem Erwachsenen 40,00 Euro Taschengeld im Monat zu, das aber nicht alle bekommen.

Sachleistungen

Nahrungsmittel

Zweimal pro Woche erhalten wir ein Essenpaket (Tüte). Zuvor dürfen wir auf einer Liste aus einem begrenzten Angebot an Lebensmitteln auswählen. Es ist uns fast unmöglich das zu kochen, was wir möchten oder was wir gewohnt sind. Darüber hinaus ist die Qualität des Essens immer wieder schlecht: das Obst und Gemüse ist beispielsweise bereits verdorben (verschimmelt), ungenießbares Fleisch oder auch für Gläubige gibt es keine auswählbare Angebote. Manchmal fällt die Essensausgabe unerwartet aus und wir müssen bis zum nächsten Tag abwarten.

einmalige Leistungen*

Eine erwachsene Person bekommt jeweils eine Gabel, ein Esslöffel, ein Teelöffel, eine Tasse, eine Wasserkanne (zum Teekochen) und einen Teller. Bettwäsche: eine gebrauchte Decke und ein Betttuch. Kopfkissen sind eine Luxus nur für Bevorzugte. Was öfter passiert ist, während man seine Bettwäsche in der Waschmaschine lässt, läuft die Waschzeit ab, und der Kellerraum wird abgesperrt. Da man keine weitere Bettwäsche hat muss man ohne sie schlafen.

* Diese Leistungen bekommen wir nur einmal bei der Anmeldung in der Unterkunft und sie werden nicht erneuert, auch wenn man mehrere Jahre in der Unterkunft lebt.

Bekleidung.

Einmal in halben Jahr an einem Tag (von ca. 10:00 Uhr bis 14:00 Uhr) ist die so genannte „Einladung zur Bekleidung“ (einem Flohmarkt ähnlich) vorgesehen. Nur an diesem Tag dürfen wir, in dafür angemieteten Räumen, mit einem „Einladungsschein“ für bestimmte Beträge (ca. 90,00 Euro bis 140,00 Euro pro erwachsene Person.) Kleidung abholen. Die Kleidung ist verhältnismäßig teuer (im Vergleich zu Kleidung aus Billigsupermärkten) und von schlechter Qualität. Es sind nicht alle Größen vorhanden und Umtausch oder Erstattung ist nicht möglich.

Eigentlich stehen uns ca. 307,00 Euro€im Jahr (pro Erwachsene) für Bekleidung zu. Da die „Einladungen“ jedoch unregelmäßig erfolgen und die Gutscheine über ständig wechselnde Beträge ausgestellt sind, bekommen wir weniger als die uns zustehende Summe. Wenn der Termin nicht wahrgenommen werden kann, zum Beispiel im Krankheitsfall, dann gibt es kein Ausweichtermin, d. h. der Betroffene erhält keine Kleidung für den Zeitraum.

Hygieneartikel:

Laut der Heimleitung, sollen wir alle drei Monate Hygieneartikel erhalten. Ein Mann bekommt, zwei Rollen Toilettenpapier, eine Zahnbürste, zwei Tuben Zahnpasta, 15 Einwegrasierer, eine Dose Rasierschaum, zwei Stück Seife, ein Deoroller, eine Dose Hautcreme, einen Schwamm, zwei Flaschen Shampoo, eine Flasche Spülmittel und zwölf Packungen Taschentücher. Einmal in sechs Monaten: eine Packung Waschpulver (20WL) d.h. 20 Anwendungen für sechs Monate!! Auch Hier verschieben sich die Ausgabetermine, teilweise warten wir bis zur vier Monate oder länger bis zur nächsten Ausgabe und es fehlen immer wieder Artikel.

Ärztliche Versorgung:

Wir haben kein Recht auf eine Krankenversicherung, benötigen daher für jeden Arztbesuch einen Krankenschein, der beim Landratsamt, Donau-Ries, Asylleistungsstelle in Donauwörth telefonisch beantragt werden muss. Dieser wird dann per Post zugeschickt - was in der Regel zwei bis drei Tage dauert, manchmal auch länger. Selbst im Notfall dürfen wir nicht einfach zum Arzt gehen. Grundsätzlich ist es für uns ein Problem, ohne vorheriger Terminabsprache, sofort nach Donauwörth zu fahren und einen Krankenschein abzuholen und auch die Fahrt kostet uns ca.10,00 Euro.

Obwohl auf dem Krankenschein deutlich steht dass „Kein Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung deswegen keine Zuzahlung“, werden uns immer wieder gebührenpflichtige Rezepte ausgestellt und erst nach einigen Telefonaten oder Mails aber auch nach Streit wird das korrigiert.

Privatsphäre:

Post:

Die Post wird dem Heimleiter zugestellt und muss bei ihm abgeholt werden. Dabei kommt es immer wieder vor, dass private Briefe bereits geöffnet und verspätet herausgegeben werden. (auch Behördenpost!) Wir haben festgestellt, dass sogar eine Kameraüberwachung stattgefunden hat (Im Flur Haupteingang). Die Kamera wurde entfernt, nachdem sie von uns entdeckt wurde. Es kommt vor, dass die Zimmer der Bewohner in deren Abwesenheit durchsucht werden.

Ausländer Behörde:

Landratsamt Donauwörth

Jeder Besuch außerhalb des Landkreises Donau-Ries muss von Der Ausländerbehörde gestattet werden. Die Besucherlaubnis kostet uns momentan 12,00 Euro. Diese muss man auch telefonisch beantragen und alle möglichen Fragen beantworten, dass man sie überhaupt bekommt. Es fehlt auch an menschlicher Behandlung durch die Behörde. Die Vorgehensweise unterscheiden sich von Person zu Person und aber die Praxis im in Landkreis Donau-Ries unterscheidet sich deutlich von der, der benachbarten Landkreise.

Wir werden von der Behörde bewusst kriminalisiert und mit allen möglichen Mitteln ausgegrenzt und eingeeengt. Zum Beispiel werden Christen die wegen Ihre Religion verfolgt wurden und als Flüchtlinge rechtskräftig anerkannt sind, gezwungen einen Fragebogen auszufüllen ob sie mit internationalen Islamischen-Terror-Organisationen Verbindungen haben, ob sie diese unterstützen oder so ähnlich. Das passiert nur hier und nirgendwo sonst in Deutschland! Jede Nachfrage warum, bedeutet eine Verzögerung der Ausstellung einer Aufenthaltserlaubnis und es gibt auch den Fall, bei dem trotz eines Rechtsanspruches auf eine Aufenthaltserlaubnis nur eine Duldung ausgestellt wurde. (Der Inhaber ist sogar als Ausreisepflichtig vermerkt!!)

Zusammenfassung:

Wir erfahren eine Reglementierung in sämtlichen Lebensbereichen. Wir haben keinerlei freie Auswahlmöglichkeiten, was Essen, Kleidung, Wohnen usw. betrifft. Es ist uns unmöglich unser Leben selbst zu bestimmen und selbständig zu gestalten.

Alle Leistungen, die eigentlich unsere Grundversorgung sind, werden auch als Druckmittel eingesetzt und werden auch unzureichend und unregelmäßig ausgegeben.

- Manche von uns bekommen kein Taschengeld, keine Einladungen zur Bekleidung und das seit Jahren.
- Essensausgabe manchmal nur nach der Verrichtung einer Zwangsarbeit in der GU.(Putzen draußen und drinnen)

Uns fehlt auch eine vertrauenswürdige Beratungsstelle, an die wir uns mit unseren alltägliche Probleme wenden können. Stattdessen bekommen wir von allen Stellen deutlich vermittelt dass wir nicht erwünscht sind.

In der Vergangenheit hat die Ausländerbehörde Medienberichte benutzt, die Vorurteile bestätigt haben und dadurch immer wieder versucht Schuld auf uns zu schieben. Was aber fern von der Wahrheit ist und überhaupt nichts mit Tatsachen zu tun hat. Dass

rechtfertigt auch nicht, dass wir anders als Flüchtlinge anderswo in Deutschland behandelt werden müssen.

Wir sind nicht schuldig nur weil wir in Landkreis Donau-Ries sind und nicht in einem anderen Landkreis. Allein die Tatsache dass unsere „Schicksale“ (was u. a. Arbeitserlaubnis, Aufenthaltsbeschränkung, Teilnahme an Sprachkursen, usw betrifft) vor Ort bestimmt werden, belegt dass, hier herrscht eine besondere Interesse die eine solche Vorgehensweise bewilligt oder zu mindest duldet.

Außerdem, hier geht es nicht ums Bleiberecht. Wir sind Menschen und haben Bedürfnisse wie jeder andere Mensch. unabhängig von: wie lang wir hier sind oder woher wir stammen und welche Hautfarbe wir haben. Wir wollen menschlich (nach internationalen Menschenrechtslinien) behandelt werden. Unsere Würde ist unantastbar!! Jedoch sie wird es. Durch jede Entscheidung die einseitig gegen uns getroffen wird sind wir gezwungen zum Teil für Jahre unter menschenunwürdige Verhältnisse zu leben. Mehrere von uns trauen sich nicht darüber zu reden, weil sie glauben, dass wir immer die Schuldigen sind und wir kein Recht erfahren. Sie haben auch keine Hoffnung auf eine Besserung. Wir leben in auf einer „Insel“ wo nur Angst herrscht! Vorurteile sind allen bekannt. Manche die es gewagt haben zu klagen werden bedroht, verlegt, inhaftiert und sind so oder so nicht mehr da.

Forderungen:

Ob wir für einen Tag oder mehr bleiben müssen, gilt dass Motto Menschen Recht für alle und ohne Ausnahme!!

Die meisten Erfahrungen sind nur hier passiert und nicht allgemein, Bayernweit oder bundesweit.
Wir leiden unter diesem Zustand, wir fühlen uns ausgesondert, bestraft, und wollen endlich befreit werden.

Darum fordern wir:

1. Geldauszahlung statt Sachleistungen. Stoppt den Missbrauch von Grundleistungen als Druckmittel, der uns unsere Würde und das Recht und die Freiheit auf Selbstbestimmung nimmt.
2. Krankenscheine müssen schneller zur Verfügung stehen. Wir wollen, eine Anlaufstelle vor Ort.
3. Information von Ärzten und Praxis-Mitarbeitern über unsre Situation.
4. Die Privatsphäre muss geschützt bleiben.
5. Das Verfahren der Briefzustellung muss geändert werden.
6. Wir brauchen einen vertrauenswürdigen AnsprechpartnerIn, (SozialarbeiterIn) der/die uns unterstützend und beratend zur Seite steht.

Und als beste Lösung für alle Probleme gilt nur,

Schließung der GU in Nördlingen und ein menschlicher Umgang der Behörden.

07. März 2008